



Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schreibstube Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4672.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Verbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Dienstjahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konradstraße 7.
Druck und Versand Joh. von Pann, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Streiflichter.

Man klagt z. Bt. viel über den Mangel an kraftvoller Stimmung im Volke. Die Klagen sind recht unberechtigt. Eigentlich müßte, bei dem jetzigen Ernst der Lage, die Stimmung fest und entschlossen sein. Auch der Harmloseste müßte davon durchdrungen sein, daß es um's Ganze geht, daß wir um unsere eigene und um unserer Kinder Zukunft einen furchtbar ernstesten Kampf führen. Es entspricht auch sonst deutscher Art, in solchen Situationen ernst und entschlossen, „hart wie Stahl“ den Kampf aufzunehmen. Trotzdem beklagen wir aber mit Recht einen Mangel an opferbereiter und kraftvoller Stimmung.

Die Ursachen der genannten Erscheinung liegen nicht in der Veranlagung unseres Volkes selbst, sondern zum größten Teil in der verkehrten Führung und Behandlung unseres Volkes, in der Verfassung der Gleichberechtigung und in dem Mangel an sozialer Ausöhnung und Verständnis für die Lage der breiten Massen. Wir wollen hier davon absehen, das Verhalten der Reaktion in der Wahlrechtsfrage, der Arbeitskammervorlage u. a. zu erörtern. Weiter wollen wir davon absehen, den Geist der Unduldsamkeit, der Gewinnmacherei auf Kosten der Mitmenschen, zu kennzeichnen. Diese Erscheinungen erregen gewiß viel Unwillen; sind es aber bei weitem nicht allein, die die Stimmung verderben und herunterdrücken. Unsere Arbeit bringt uns in den einzelnen Bezirken und Orten in nahe Beziehungen und Fühlung zu den Mitgliedern und Arbeitern überhaupt. Wenn wir in Versammlungen und im persönlichen Verkehr darauf zu sprechen kommen, daß Deutschland sich seiner Haut wehren muß, daß es nicht anders geht und wir durchhalten müssen, zeigt man dafür volles Verständnis. Auf der anderen Seite läßt sich aber auch konstatieren, daß das Vertrauen — besonders zu den Behörden — infolge der verkehrten Aufklärung und Beruhigung, nicht eingetrossener „Prophezeiungen“ u., vielfach auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Das hat seine Ursachen.

In ländlichen Orten und Städten wird heute schon bekannt gemacht, daß in diesem Winter den Familien, welche keine Gas- oder elektrische Beleuchtung haben, noch bedeutend weniger Petroleum zugeteilt werden kann, wie im vorigen Winter. Von der Bevölkerung wird demgegenüber darauf verwiesen, daß doch im vorigen Jahre zu wiederholten Malen versichert worden sei, wir hätten einen „Petroleumfrieden“ mit Rumänien abgeschlossen. Ferner wird dann darauf verwiesen, daß z. Bt. auch von dem „Brotfrieden“ mit der Ukraine geredet wurde, mit dem es später nichts war. Nach Zeitungsnachrichten sollte neulich das Ende der Stoffnot in Sicht sein; kurze Zeit darauf kam der Widerruf. Wie oft hat während des Krieges die „Entscheidung“ nicht schon nahe bevor gestanden? Das Eingreifen Amerikas in den Krieg wurde anfangs ganz leicht genommen, wenn nicht fast verspottet, und — heute? Das Schlimmste bei all diesen Dingen war, daß nicht die eine oder andere Person, die keine Verantwortung trägt, so etwas geredet oder geschrieben hat. Kann es unter diesen Umständen wunder nehmen, daß das Vertrauen der Bevölkerung erheblich

geschwunden ist, daß dieselbe wenig mehr auf Versicherungen gibt. Unser Volk, welches keine Bertröstungen und Beschwichtigungen, sondern die harte, kalte Wahrheit hören will, spürt, daß keine kraftvolle, einheitliche Führung vorhanden ist.

Nun zu der anderen, für die Arbeiter noch schwerwiegenden Seite der Angelegenheit: **Soziales Verständnis, gegenseitige Annäherung und praktische Gleichberechtigung!** Wir Textilarbeiter können davon ein besonderes Liedchen singen. Für die schlechte Lage der Textilarbeiter vermessen wir fast jegliches Gefühl und Verständnis. Man redet ganz verallgemeinernd von den hohen Arbeiterlöhnen. — Und die Haltung der Behörden? Der Bericht einer unserer Bezirksleitungen lautet wie folgt: „Sämtliche Versammlungen, selbst die kleinsten Fabrikbesprechungen werden polizeilich überwacht. In kleinen Orten erscheint entweder der Amtmann oder sein Vertreter (Beigeordneter). Letzterer ist vielfach ein Fabrikant. Die Stimmung der Arbeiter bei dieser Art Überwachung, in unserem Grenzbezirk, kann man sich denken. Die öffentliche Aussprache unter den Arbeitern wird auf diese Weise meist unterbunden, zumal sie den Verdacht hegen, daß das Gesprochene bald der Fabrikherr erfährt. Die Versammlungsanmeldungen werden meist mindestens acht Tage im voraus verlangt, (trotzdem das nirgendwo geschrieben steht) mit der Begründung, daß sonst die Genehmigung vom Landratsamt nicht früh genug zurück ist.“ — Sodann die soziale Fürsorgetätigkeit: Die Handhabung der Textilarbeiter-Erwerbslosenfürsorge ist oft derart kleinlich und unsozial, daß die Erwerbslosen lieber schon mal gar keine Anträge auf Gewährung der Unterstützung stellen möchten. In den kleineren Orten heißt es vielfach: „Sie können Arbeit genug bekommen!“ Die Arbeit wird aber seitens der Behörde nicht nachgewiesen, auch nicht danach gefragt, ob der Lohn und die Arbeit angemessen sind. Ein anderer Fall: In einer kürzlich stattgehabten Versammlung erklärten die Priegefrauen der betr. Gemeinde: „Die Zusatzunterstützung der Gemeinde wird uns z. Bt. des Wochenbettes abgezogen mit der Begründung, daß wir dann Wochenlohn und Stillgeld vom Staate bekommen.“ Auch Bevölkerungspolitik! Und die Lebensmittelversorgung? Die Verteilung, Begünstigungen, „stille Duldung“ u., sind in manchen Orten ein besonderes Kapitel. In einem Ort hatte unser Ortsgruppenvorsitzender mit Recht Kritik geübt. Es wurde nun ersucht, das Bezirkskommando für den Sünder zu interessieren, denn derselbe beeinträchtigt die „Durchhalte Stimmung“. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Es muß allerdings gesagt werden, daß die höheren Behörden und auch die militärischen Stellen, mehr Verständnis für die Beschwerden der Arbeiter zeigen, das ist noch ein Trost.

Und die Arbeitgeber? Die Mehrzahl kann sich noch gar nicht in die neuen Zeitverhältnisse hineinfinden. Der Verband ist ihnen ein Dorn im Auge. Vor längerer Zeit berichteten wir über die Entlassung eines Vorstandsmitgliedes in G., das ca. 30 Jahre bei der Firma gearbeitet hatte. Die Entlassung erfolgte kurz nach der Gründung einer Ortsgruppe unseres Verbandes. In dem

Handwritten mark

Ort B. hatten wir ein Ausschußmitglied, welches 35 Jahre bei einer Firma gearbeitet hat. Es kam eine Lohnbewegung, bei welcher das Ausschußmitglied pflichtgemäß die Interessen der Arbeiter wahrnahm. Nach Abschluß der Lohnbewegung erklärte die Firma dem Ausschußmitglied: „Sie sind von uns dem Einberufungsausschuß für den vaterländischen Hilfsdienst freigegeben; auf diese Weise ist es heute leicht, einen unbequemen Arbeiter los zu werden.“ Der Firma wurde allerdings ein Strich durch die Rechnung gemacht. Das sind nur einige Beispiele von vielen.

Nun zu den Löhnen: Damit sieht es bekanntlich in der Textilindustrie traurig aus. Es würde noch bedeutend schlimmer sein, wenn die Textilarbeiter nicht eine Interessenvertretung im Verbands hätten. Welche Schwierigkeiten werden uns aber nicht bei dem Bestreben, die schlechten Verhältnisse zu bessern, gemacht. Bei den unständigen Beschäftigungsverhältnissen in der Textilindustrie sind manche Ausschußmitglieder, besonders auch weibliche, sehr zurückhaltend. Arbeit außerhalb des Ortes können sie vielfach nicht bekommen oder nicht annehmen, und man hegt sehr oft die auf Erfahrungen gestützte Befürchtung, daß es bei etwas starkem Drängen auf Verbesserung der Lohnverhältnisse heißt: „Wegen Beschäftigungsmangel müssen wir leider eine Anzahl Leute, darunter auch ihnen, kündigung!“ Es gibt auch Unternehmer, welche sich sogar an Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse einfach nicht hören. Sie lehnen den Schiedspruch kurzweg ab und kalkulieren dabei so: hier am Orte sind, infolge der Einschränkung der Beschäftigung in der Textilindustrie, noch Arbeitskräfte genug zu bekommen. Selbst bei niedrigeren Löhnen bekommen wir noch weibliche Arbeiter, denn Arbeit ist den Leuten doch immer lieber, wie Beschäftigungslosigkeit. In Birkensdorf erklärte der Kommerzienrat Schull ja rund heraus, der Schiedspruch kümmert mich nicht; die Leute erhalten die Lohnerhöhung nicht. Bis jetzt haben alle Beschwerden höheren Orts nichts genützt. Gibt es denn wirklich keine Stelle, die in solchen Fällen rücksichtslos durchgreift? Ist es denn eine Art und Weise, daß bei den niedrigen Löhnen in der Textilindustrie selbst Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse in den Wind gesprochen sein dürfen?

So geht es nicht weiter! In einer Mittelstadt (Bocholt i. W.) stellte kürzlich die Lebensmittelkommission fest, daß auf den Kopf der Bevölkerung für 6 M. rationierte Lebensmittel entfielen, und zwar in einer Zeit, wo wenig verteilt werden konnte. Für eine fünfköpfige Familie macht das 30 M. an rationierten Lebensmitteln. In anderen Städten wird man noch zu wesentlich höheren Berechnungen kommen. Bei dieser Berechnung handelt es sich nur um rationierte Lebensmittel. Daneben kommen nun noch Beleuchtung, Heizung, Schuhzeug, Strümpfe, Wäsche, Bekleidung, Gebrauchsgegenstände im Haushalt u., in Betracht. Das alles ist im Preise ganz gewaltig gestiegen und für die Arbeiterfamilien, welche nur wenig alte Vorräte haben, liegt die Notwendigkeit bezw. der Zwang zur Beschaffung vor. Die Kriegsamtsstelle Danzig hat im Januar dieses Jahres ausgerechnet, daß ein Arbeiter wöchentlich 36,42 M. zum Lebensunterhalt notwendig habe. Das wäre für eine vierköpfige Familie 145,68 M. Wo bleiben wir demgegenüber mit unseren Löhnen in der Textilindustrie?

Nun weisen die Arbeitgeber in der Textilindustrie öfter darauf hin, daß die Preise, welche sie von den Kriegsausschüssen u. zugebilligt bekommen, zu niedrig sind, um davon angemessene Löhne bezahlen zu können. Man darf annehmen, daß die Einwände der Arbeitgeber, sie könnten auf Grund der heutigen Preise nicht mehr zahlen, stark übertrieben sind. Andererseits kann aber mit Recht die Forderung gestellt werden, daß den Unternehmern in der Textilindustrie solche Preise gezahlt werden, wovon sie Löhne bezahlen können, welche als ausreichend zu bezeichnen sind und die den jetzigen Verhältnissen Rechnung tragen. Wir Textilarbeiter haben es satt, uns dazu verurteilt zu sehen, daß unsere Löhne die halbe Höhe der-

jenigen in anderen Industrien erreichen und uns das Durchkommen unmöglich machen. Nochmals: es geht so nicht weiter!

Das Geschilderte ist ein kleines Gesamtbild, welches durch Einzelheiten noch bedeutend erweitert werden könnte. Nimmt es nach dem Angeführten noch Jemand wunder, wenn über Mangel an kraftvoller Stimmung geklagt wird? Kann letztere unter solchen Verhältnissen, besonders bei den Textilarbeitern, aufkommen? Die gegenwärtige Zeit ist bitter ernst. Wir haben Vertrauen, Mut und seelische Stärke notwendig. Sind diese Kräfte im Volke vorhanden, dann sind wir unüberwindlich. Man tue nun auch das Nötige dazu. Das gilt für Regierung, Behörden, Parteien und Arbeitgeber. Wo es mangelt, haben wir, unter besonderer Berücksichtigung unserer Verhältnisse, kurz gekennzeichnet. Es muß Aenderung geschaffen werden, wozu aber Taten, welche in der praktischen Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und in wirklich sozialem Handeln bestehen müssen, notwendig sind. Geschieht letzteres, dann braucht uns um die Zukunft nicht zu bangen. Wir tun unsererseits gern das Notwendige, damit alles zu einem guten Ende kommt.

Allgemeine Rundschau.

Der Essener Kriegsbeschädigtenverband

macht in letzter Zeit viel von sich reden. Es ist bekannt, daß vor kurzem innerhalb des genannten Verbandes, der sich offiziell „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das deutsche Reich“ nennt, wesentliche Streitigkeiten ausgebrochen. Was aber jetzt die sozialdemokratische Presse über die Geschäftsführung u. des Essener Verbandes berichtet, ist doch ein bißchen stark. Der Vorwärts berichtet z. B. am 17. September, daß von einem Kontrollauschuß festgestellt worden sei, daß der genannte Verband nach mehr als einjährigem Bestehen noch kein ordnungsmäßiges Passenbuch gehabt habe. Ebenso hätten Belege über die vereinnahmten und verausgabten Gelder gefehlt. Für Reisen seien unglaubliche Gelder liquidiert worden; so habe ein Vorstandsmitglied für eine Reise nach Berlin 1000 M. liquidiert. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ Düsseldorf bringt am 23. Sept. noch weit schlimmere Sachen, welche sie der „Internationalen Korrespondenz“ entnommen hat. Danach wird behauptet, daß man die Beweise dafür in den Händen habe, daß Herr Adorf zur Finanzierung des Essener Verbandes 50000 M. von der Firma Krupp erhalten habe. Die Opposition im Essener Verband, welche hauptsächlich von den Ortsgruppen des Bezirks Dortmund-Bochum ausgehe, habe in einem Rundschreiben die Vorwürfe gegen die Leitung des Verbandes zusammengefaßt. Es wird da von allerhand Vorkommnissen (von unwahren Berichten des Vorsitzenden, von eigenmächtigen Verträgen, leichtfertiger Geldwirtschaft u.) berichtet. Im übrigen heißt es dann in Bezug auf die Tätigkeit des Verbandes bezw. des Vorstandes, wie folgt: „In keiner Verbandsvorstandssitzung sind Gegenstände bearbeitet worden wie Rentenerhöhung, Einstellungszwang, Unterstützungskassen, Arbeitergenossenschaften usw., weil der Vorsitzende es trotz wiederholter Mahnungen für wichtiger hielt, die Tagesordnungen voll mit Punkten gegen den Reichsverband und die Gewerkschaften zu besetzen.“

Wir sehen davon ab, noch weitere Einzelheiten aus den Berichten der sozialdemokratischen Presse, der wir die Verantwortung für ihre Veröffentlichungen überlassen müssen, zu bringen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir aber bemerken, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, insbesondere diejenigen, welche unserem Verbands angehören, sich dem vor einiger Zeit gegründeten „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“, anschließen mögen. Der genannte Verband, an dessen Gründung die christlich-nationale Arbeiterbewegung mitbeteiligt ist, bietet nach jeder Richtung hin die Gewähr, daß die Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in richtiger Weise wahr-

genommen werden. Auskunft erteilt die Reichsgeschäftsstelle, Berlin SW. 68, Kochstraße 9.

Hamsterei und Schleichhandel.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, Herr von Walbow hat vor kurzem der Hamsterei und dem Schleichhandel eine gewisse Legitimität zugesprochen indem er sagte: Der Schleichhandel in kleinen Mengen kommt den Arbeitern zugute und läßt sich schwerlich ganz unterdrücken. Dem letzteren Teil seines Satzes wird man zustimmen können, zumal es nicht möglich sein wird, hinter jeden Bauern und jeden Hamsterer einen Schutzmännchen zu stellen. Der erste Teil des angezogenen Satzes ist nur zum kleinsten Teile zutreffend. Der Schleichhandel blüht nur da, wo es zu verdienen gibt. Die reichen Verbraucher haben da den Vortritt, denn sie können ohne Ansehung ihres Geldebeitrages hohe Angebote machen und die höchsten Preise zahlen. Es wäre möglich, aus der Praxis zahlreiche Fälle mitzuteilen, wonach die Landwirte und Bauern zunächst ihre volle Lieferpflicht gegenüber dem Kommunalverband erfüllt, später aber durch ungemessen hohe Angebote des für reiche Prasser arbeitenden Schleichhandels, sich zu Schwarzlieferungen verleiten lassen. Ständige Plage in Arbeiterversammlungen ist, daß die reichen Leute immer noch etwas extra bekommen, währenddem die Arbeiterschaft und weite Verbraucherkreise mit den zugewiesenen kleinen Rationen auskommen müssen. Die Hamsterei der Reichen und Wohlhabenden, Kriegsgewinnler und Kriegsverdienter, hat einen so großen Umfang angenommen, daß Renner der Verhältnisse befürchten, daß damit unsere ganze Ernährungswirtschaft zusammenbricht. In einer großen Versammlung in München, am 12. September 1918 hat der bayerische Bauernführer, Geheimrat Dr. Heim darauf hingewiesen und den Bauern empfohlen, den Hamstern die Türe zu weisen, dagegen ihre Ablieferungspflicht voll zu erfüllen. Dabei fand er scharfe Worte auch gegen den „Habsuchtsteufel“ vieler Bauern, durch den sie den Haß der Städter auf sich ziehen und der den Bauern einmal sehr schädlich werden könne. Auf diese Gefahr für den Bauernstand haben christliche Arbeiterführer wiederholt aufmerksam gemacht. Wäre zur rechten Zeit und überall in allen Teilen des Reiches gegen den Schleichhandel Front gemacht worden, so stünde es um unsere Ernährungsverhältnisse zweifellos besser.

Beihilfen für Soldatenfamilien.

Solche Familien von denen mehrere Söhne eine mindestens sechsjährige aktive Dienstzeit im Heere oder bei der Marine zurückgelegt haben, erhalten auf Verlangen Aufwandsentschädigung in Höhe von 240 M. jährlich, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden, die gesetzliche Dienstpflicht ableistenden Sohnes. Anspruch haben die Eltern oder der überlebende Elternteil. Bei der Aufwandsentschädigung kommt die Dienstzeit der unehelich geborenen Söhne nicht in Betracht. Auch ist es vorgekommen, daß, wie die Dienstzeit der Gefallenen, auch nicht die Dienstzeit eines in Gefangenschaft geratenen Soldaten beim Anspruch auf Aufwandsentschädigung angerechnet wurde. In seiner Rede vom 13. Juni 1918 hat Reichstagsabgeordneter Schirmer auf derartige Härten aufmerksam gemacht und auch das Reichsamt des Innern gebeten, im Bundesrat auf eine Abmilderung derselben hinzuwirken. Namentlich soll auch die Dienstzeit von unehelichen, in der Familiengemeinschaft aufgezogenen oder tätigen Söhnen künftig zur Anrechnung kommen.

In einem Schreiben an den genannten Abgeordneten vom 6. September 1918 teilt nun der Staatssekretär des Innern Eggelsen von Wallraf mit:

„Es entspricht der bereits bestehenden, durch die Vorschriften des Bundesratsbeschlusses vom 26. März 1914 begründeten Verwaltungsübung, daß bei Gewährung der Aufwandsentschädigung auch die Dienstzeit der unverschuldet in Gefangenschaft geratenen aktiven Mannschaften in Berechnung gestellt wird.“ Im weiteren wird bemerkt, daß die

Anrechnung der Dienstzeit der außerehelich geborenen Söhne auf die Dauer des Krieges nicht in Aussicht gestellt werden kann, da im Reichsamt des Innern angenommen wird, daß auch die unehelichen Söhne bei der Familienunterstützung in Betracht gezogen und damit ein hinreichender Ausgleich gewährt wird.“

Daß nun auch die Zeit der Gefangenschaft in Anrechnung gebracht wird, ist ein Fortschritt. Der zweite Teil der Antwort ist weniger befriedigend.

Die Neunte.

Die neunte Kriegsanleihe ist aufgelegt. Wir dürfen uns keiner müden und gleichgültigen Stimmung hingeben und denken, daß diejenigen Kriegsanleihe zeichnen, die das viele Geld verdienen. Auch wir können etwas tun und zwar durch den Abschluß einer Kriegsanleiheversicherung bei der gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung. Die Bedingungen sind leicht.

Unsere Feinde haben, neben der Offensive an der Front, jetzt auch eine Offensive auf die deutsche Volkstimmung unternommen. Es kann uns daher nicht egal sein, ob die neunte Kriegsanleihe gut oder schlecht ausfällt. Wir müssen den Gegnern immer wieder zeigen, daß ihre Spekulation auf einen Zusammenbruch des deutschen Volkes ein verfehltes Unternehmen ist. Um so eher kommen wir zu einem guten Ende und wird der Vernichtungswille unserer Gegner gebrochen.

Die neunte Kriegsanleihe bietet die beste Gelegenheit, das auch dem Ausland gegenüber zu bekunden. Ihr Ausfall ist daher von besonderer Bedeutung. Ihr Erfolg wirkt kriegsverkürzend, weil er den Feinden zeigt, daß die deutsche Heimat wie die deutschen Kämpfer mit starkem Herzen einen guten, ehrenvollen Ausgang dieses Krieges erzwingen wollen und werden.

Hierzu beizutragen, hilft auch den weniger Bemittelten die erprobte und empfehlenswerte Kriegsanleiheversicherung unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung, die den Schutz für das eigene Alter und den Schutz für die Familie mit dem Schutz des Vaterlandes verbindet.

Aus unserer Bewegung.

„Schwäher“.

Wir meinen hier nicht die Schwäher, welche über den Krieg, über die Kriegsführung, Kriegsdauer, Kriegsausgang usw. alles Mögliche und Unmögliche zusammenschwähen, sondern haben hier die unbedachten Schwäher im Auge, welche den überall umgehenden Redereten über die hohen Arbeiterlöhne unbedacht und unbewußt Vorstoß leisten. Solche Schwäher gibt es auch in unseren Reihen eine ganze Anzahl. — Beispiel: Katharina M. arbeitet bei der Firma S. als Spulerin. Sie hat drei sehr schlechte Löhnungen gehabt. Dann wird das Material besser, die Arbeit fällt in der Woche mit, und die nächste Löhnung ist gut. Am Sonntag abends hat sie für den Haushalt Einkäufe zu besorgen. Ganz stolz erzählt sie im Laden der Kaufmannsfrau, was für ein „tüchtiges Mädchen“ sie ist, und wech einen hohen Lohn sie erzielt hat. Die Kaufmannsfrau spitzt die Ohren und meint: „Soviel Geld verdient ihr, dann könnt ihr wohl lachen!“ Von den drei vorausgegangenen schlechten Löhnungen sagte die Arbeiterin nichts; auch nichts von den wahrscheinlich kommenden, minder guten Löhnungen. Die Kaufmannsfrau erzählt nun anderen von dem schönen Wagn Geld, den die Arbeiterinnen verdienen. Die anderen erzählen's wieder weiter, so daß man bald in weiten Kreisen von den hohen Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen spricht. — Ein anderes Beispiel: Frau G. kommt zur Lebensmittelartenausgabestelle des Bürgermeisteramtes. Es sind gerade nicht viel Leute da, und man unterhält sich ein wenig. Auf die Äußerung einer Frau, daß alles so furchtbar knapp und unerquicklich teuer ist, erwidert Frau G.: „Rein Mann und drei Töchter arbeiten auf der Munitionsfabrik. Wir bekommen jede Woche tun-

bestens 260 M. ins Haus und laufen uns so hinten herum doch noch allerhand, denn wir können uns das leisten!" Sprach's und verschwand. Die Angestellten auf dem Amte, deren Gehälter nicht gerade besonders hoch waren, steckten die Köpfe zusammen. Abends, beim Glase Bier, kommt man auf den Vorfall zurück. „Was haben die Arbeiter es doch gut; die können, trotz der teuren Zeiten wohl da kommen; Einkommen von 12000 M. sind keine Seltenheit usw." Niemand kommt auf den Gedanken, daß die Frau vielleicht sehr stark übertrieben hat oder — wenn wirklich soviel Einkommen vorhanden ist — das Geld furchtbar schwer verdient werden muß und die Gesundheit der Töchter vielleicht in einigen Jahren zu Grabe getragen ist. Wie soll man auch daran denken, denn man kennt ja nichts von diesen Dingen, und die Frau hat doch davon nichts erwähnt.

Solche unbedachte, sich selbst gern bewundernde Schwächer gibt es im Arbeiterstande eine ganze Menge. Wenn sie auch in ihren eigenen Kreisen nicht ernst genommen werden; in anderen Kreisen nimmt man ihr Gesagtes für bare Münze und rufen sie Neid und Mißgunst gegen „die so gut verdienenden Arbeiter" wach. Merken wir uns das und stopfen wir solchen Schwächern, wo wir sie hören und ihnen begegnen, gleich den Mund und halten dem die Wirklichkeitsstatistiken gegenüber. Sie werden dann am ersten luriert und richten weniger Unheil an.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt (t. Westf.). (Erhöhung der Miet- und Zinsbeihilfen für Kriegerfrauen.) Der hiesige Kommunalverband gewährte den Kriegerfrauen in der Regel $\frac{1}{3}$ der Miete oder Zinsen als Beihilfe. Die Vermieter bzw. Zinsgläubiger ließen das restliche Drittel vielfach fallen, jedoch längt nicht in allen Fällen. Auch machte sich in letzter Zeit immer mehr das Bestreben der Vermieter geltend, die Mieten zu steigern. Unsere Geschäftsstelle hat daraufhin einen Antrag an den Kreisausschuß gestellt, die Mietbeihilfen zu erhöhen. Auf die Eingabe erteilte der Vorsitzende des Kreisausschusses am 11. September folgende Antwort: „Der Kreisausschuß hat beschlossen, auf Antrag der Mieter bzw. Vermieter die Miets- und Zinsbeihilfen vom 1. Oktober ds. J. ab bis zu 90% zu übernehmen, vorausgesetzt, daß die Vermieter während des Krieges die Mieten nicht erhöhen. Ihr Antrag ist damit als erledigt anzusehen.“

Forst (Rausig). Einen Kriegsfamilienabend hielt unsere Ortsgruppe am 14. September ds. J. ab, der in allen Teilen als wohl gelungen bezeichnet werden muß. Der Besuch im Schützenhause war recht zahlreich; auch hatten wir die Freude, viele Gäste, darunter auch auswärtige Mitglieder unseres Verbandes, begrüßen zu können. Reichhaltig war das Programm des Abends. Ernste und heitere Vortragsstücke wechselten miteinander. Alle Mitwirkenden hatten ihr ganzes Können eingesetzt, um den Erschienenen vergnügliche Stunden zu bereiten. Der reiche Beifall, der nach jeder Aufführung gesendet wurde, bekundete es, wie die Darbietungen gefallen hatten. Von den szenischen Aufführungen machte auf die Anwesenden das vaterländische Schauspiel „Das Rote Kreuz" besonderen Eindruck. Im Anschluß an ein von einem Kinde vorgelegenes Gedicht „Der blinde Krieger" wurde eine Sammlung zum Besten erblindeter Krieger veranstaltet; sie hatte ein recht erfreuliches Ergebnis. Der ganze Verlauf der Veranstaltung war wohl gelungen; unter allen Besuchern herrschte eine gehobene Stimmung, die bis zum Schluß anhielt.

Leichlingen. Wir nahmen am 22. September Stellung zu den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung. Bisher bezahlten die männlichen Mitglieder 55 Pfg und die Arbeiterinnen 45 Pfg. Beitrag. Es wurde einstimmig beschlossen, den Pflichtbeitrag für die männlichen Arbeiter um 15 Pfg. zu erhöhen, so daß jetzt 70 Pfg. pro Woche zu zahlen sind. Der Lokalbeitrag wurde allgemein auf 10 Pfg. festgesetzt. Da auch schon bisher von 5 Pfg. Lokalzuschlag mehrere Ausgaben reichlich gedeckt werden konnten, wurde beschlossen, Zuschüsse zur Krankenunterstützung einzuführen. Es soll gezahlt werden für Kollegen 3 M., für Arbeiterinnen 2 M. und für Jugendliche 1,50 M. Höchstbauer der Unterstützung ist vier Wochen.

Der Ausschuß der Firma Heyne wurde beauftragt, bei der Firma die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden wöchentlich mit freiem Samstagnachmittag ohne Lohnausfall zu stellen. Da die anderen Betriebe hier am Orte schon die zeitgemäße Einrichtung haben, rechnen auch wir bestimmt auf Erfüllung dieser Wünsche.

=====

Nicht müde und lässig werden in der Arbeit für den Verband!

Nicht allein schimpfen über die schlechten Verhältnisse, sondern die Mittel ergreifen, um Besserung zu schaffen!

Opferföhn an den Tag legen und mit Begeisterung arbeiten. Eine gute Rasse und Begeisterung sind unsere besten Bundesgenossen!

=====

Auszeichnungen.

Das Eiserne Kreuz I. Klasse erhielt: Benedikt Reiners-Neuwerk.

Das Eiserne Kreuz II. Klasse erhielten: Josef Kortenhorn-Bocholt, Gebr. Adolf Peulers-Bocholt, Heinrich Roddenborg-Bocholt, Gebr. Josef Brommer-Düsseldorf, Gebr. S. Rewald-Darmen, Johann Mürmanns-Hinsbeck.

Unsere Glückwünsche!

Ehren-Tafel.

Peter Deußen-M. Gladbach-Dermes-Dahl, Erich Schneeweiß-Forst i. Laus., Bernhard Edler-Dorghorst, Josef Rötter-Emsbetten, Heinrich Hausmann-Schiefbahn, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Tapferkeitsmedaille, Sgt. Heinrich Grams-Gardt, Anton Schen-Vollertshausen, Franz Roddenborg-Bocholt, Anton Hüdelhoven-Dülkrath, Eduard Fleßler-Rieren, Heinrich Schmeint-Ruede, Josef Feldhaar-Bocholt, Josef Heisterkamp-Bocholt, Kaspar Eiser-Nachen, Heinrich Gring-Bocholt, Franz Jwid-Vollertshausen, Josef Seggewiß-Bocholt, Wilhelm Schleißel-Föllnbeck, Hermann Gerten-Bocholt, Untff. Josef Kremer-Diefenkirchen, Peter Grejges-Güchteln.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten!

Sterbe-Tafel.

Pauline Hertsch-Greiz, Gerhard Peters-M. Gladbach-Betrath, Maria Doppel-Etlingen, Magdalena Heiligenfelder-Kaufbeuren, Josef Spee-Biersen, Bar. ira Heidenreich-Bamberg, Anna Hartmann-Hannover-Döhren, Therese Hermann-Kolbermoor, Karl Anton Böttcher-Glauchau, Franz Popiec-Delmenhorst, Johanna Hellwig-Gronau, Theresia Ebner-Riegenhals, Josef Steverding-Bocholt, Franz Eiser-Krefeld, Johann Berg-Eupen, Marta Rosa Smalinsky-Glauchau, Heinrich Helles-M. Gladbach, Karl Müller-Neustadt D.-Schl., Justina Schollmeier-Neumünster, Peter Zimmermann-Düren.

Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Streiflichter. — Allgemeine Rundschau: Der Essener Kriegsbeschädigtenverband. — Hampterei und Schleichhandel. Beihilfen für Soldatenfamilien. — Die Reunte. — Aus unserer Bewegung: „Schwäher“. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt (t. Westf.). — Forst (Rausig). — Leichlingen. — Auszeichnungen. — Ehren- und Sterbetafel.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Bernhard Otte, Düsseldorf, Kaulsdiastraße Nr. 7.